

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
I. Einleitung	1
A. Die Anfänge verbraucherrechtlicher Schutzpolitik	1
B. Entwicklungen im Mittelalter	2
1. Die Rolle der Zünfte	2
2. Der radikale Schutz des Schwächeren	3
C. Der Weg zum typisierenden Verbraucherschutzrecht	3
1. Die Industrielle Revolution	3
2. Die Massenproduktion und ihre Folgen	4
D. Die Abkehr vom staatsinterventionistischen Modell	5
1. Die Lehre Adam Smith'	5
2. Die liberalen Grundtendenzen früher zivilrechtlicher Kodifikationen	6
3. Die Entwicklung der Konsumgesellschaft	7
E. Frühe Verbrauchervertragsgesetzgebung in Österreich – vom „Allgemeinen Handelsgesetzbuch“ zum „Ratengesetz 1961“	8
F. Die institutionelle Struktur des Verbraucherschutzes in Österreich und der Europäischen Union	10
1. Die institutionelle Struktur des Verbraucherschutzes in Österreich	10
2. Die institutionelle Struktur des Verbraucherschutzes in der Europäischen Union	11
II. Die kompetenzrechtlichen Grundlagen des Verbraucher- schutztes im Primärrecht der Europäischen Union	13
A. Untersuchungsgegenstand	13
B. Der Grundlagenvertrag von Lissabon	16
C. Die Rechtsetzungskompetenzen der Europäischen Union	17

D. Die Stellung des Verbraucherrechts im EWG-Vertrag	20
E. Das Verbraucherrecht und marktintegrative Kompetenznormen ...	21
1. „Gemeinsamer Markt“ und „Binnenmarkt“ – Die Rechtslage vor Inkrafttreten des AEUV	21
a. Begriffsabgrenzung und Beseitigung der Hindernisse	21
b. Rechtsangleichung und Rechtsvereinheitlichung	23
2. Der gesundheitliche Verbraucherschutz	24
3. Der wirtschaftliche Verbraucherschutz	25
F. Die Kompetenzrechtslage vor In-Kraft-Treten des Vertrags von Maastricht	26
1. Art 100 EWGV	26
2. Art 100a EWGV	26
G. Die Kompetenzrechtslage nach In-Kraft-Treten des Vertrags von Maastricht	32
1. Der Vertrag von Maastricht	32
a. Eine neue Kompetenznorm	32
b. Art 129a EGV	33
2. Der Vertrag von Amsterdam	36
a. Die Änderungen.....	36
b. Art 95 EG	37
c. Art 153 EG	40
3. Der Grundlagenvertrag von Lissabon	43
H. Verbraucherschutz und Subsidiaritätsprinzip	43
1. Die Neufassung des Subsidiaritätsprinzips durch den Grundlagenvertrag von Lissabon	43
2. Die Folgen der Anwendbarkeit von Art 5 EU	46
a. Art 5 Abs 3 EU	46
b. Art 5 Abs 4 EU	48
3. Die Beurteilung des Subsidiaritätsprinzips für den Kompetenzbereich des Verbrauchervertragsrechts	49
I. Die Systematik der unionslegislativen Praxis	50
1. Zum Vorrang der marktintegrativen Kompetenznorm	50
2. Die Voraussetzungen der Anwendbarkeit von Art 114 AEUV	52
3. Die Tendenz der Rechtsprechung	54
J. Schlussfolgerungen	57
 III. Die Legitimation des Verbraucherschutzes als Anknüpfungspunkt einer Verbrauchervertragsdefinition	 59
A. Vertragsrechtlicher Verbraucherschutz als Schutz des Schwächeren?	59
B. Die verfassungsrechtliche Legitimität legislativer Eingriffe in die Privatautonomie	60

1. Frühe Zivilrechtskodifikationen	60
2. Die Vertragsfreiheit als Erscheinungsform der Privatautonomie	61
3. Das Konzept der Konsumentensouveränität	63
a. Die „unsichtbare Hand des Marktes“	63
b. Der „Homo oeconomicus“ als Ausgangspunkt der Konsumentensouveränität	65
4. Das Element der Selbstbestimmung und dessen Voraussetzungen	67
a. Die Rolle der Selbstbestimmung	67
b. Die Theorie der Richtigkeitsgewähr	67
c. Das Element menschlicher Selbstbestimmung	68
d. Ungleichgewichtslagen und menschliche Selbst- bestimmung	71
e. Selbstbestimmung als Wirksamkeitsvoraussetzung der vertraglichen Vereinbarung?	74
C. Die spezifischen Gefahren für einen abgrenzbaren Kreis von Rechtssubjekten – Grundlagen der Typisierung im Verbrauchervertragsrecht	75
1. Mögliche Fälle typisierbarer Merkmale	75
a. Die Reaktion auf Smith' Informationsfiktion	75
b. Der „homo oeconomicus“ als Produkt zweier Axiome – die dualistische Gestalt typisierbarer Merkmale	77
2. Fälle intellektueller Unterlegenheit	78
a. Allgemeines	78
b. Verbraucherimmanente Faktoren	79
c. Externe Faktoren	82
3. Fälle wirtschaftlicher Unterlegenheit	85
a. Die machttheoretische Ungleichgewichtslage zwischen den Kontrahenten	85
b. Die Rolle des Wettbewerbsrechts	86
4. Typisierung und Verbrauchervertragsdefinition	87
D. Kritik und Rechtfertigung der pauschalierenden Betrachtungs- weise einer geschlossenen Gruppe von Rechtssubjekten	88
E. Schlussfolgerungen	92
IV. Verbraucherbegriffskonzepte	93
A. Allgemeines	93
1. Der ökonomisch konstruierte Verbraucherbegriff	93
2. Mögliche Anknüpfungspunkte eines juristischen Verbraucher- begriffs	94
B. Die möglichen Verbraucherbegriffs- und Verbrauchervertrags- konzepte	95
1. Der klassentheoretische Ansatz	95

2. Der rollensoziologische Ansatz	95
a. Das Konzept	95
b. Die Kritik	96
3. Der situative Schutzansatz	97
a. Das Konzept	97
b. Die Kritik	99
4. Das „Kombinationsmodell“	99
5. Das Konzept der „bereichsspezifischen Geschäftskompetenz“	100
6. Das Modell des beweglichen Systems	103
C. Das Verbraucherleitbild – eine Abgrenzung	104
D. Schlussfolgerungen	105

V. Die Verbrauchergeschäftsdefinition der verbraucher- vertraglichen Sekundärrechtsakte	107
A. Überblick über die Verbraucher- und Unternehmerdefinitionen der Verbrauchervertragsrichtlinien	107
1. Verbraucher	107
2. Unternehmer	108
B. Relevante Programme, Entschliessungen und Pläne der Europäischen Union im Bereich des Verbraucherschutz- und Verbrauchervertragsrechts	109
C. Die Entwicklung der zweiseitigen Verbrauchergeschäfts- konzeption und ihre Besonderheiten im Bereich der Verbrauchervertragsrichtlinien	117
D. Die autonome Auslegung unionsrechtlicher Rechtsbegriffe	120
E. Die Elemente der unionsrechtlichen Verbraucher- und Unternehmerdefinitionen	122
1. Das persönliche Element	122
a. Der Unternehmer	122
b. Der Verbraucher	126
2. Das funktionelle Element	129
a. Die unionsrechtliche Herkunft des funktionellen Definitionselements	129
b. Der Unternehmer	139
c. Der Verbraucher	152
3. Das agitative Element	186
a. Allgemeines	186
b. Das Handeln „im Rahmen“ einer Tätigkeit	187
c. Das Handeln „im Namen und für Rechnung eines Gewerbetreibenden“ und jenes „im Namen oder im Auftrag eines Gewerbetreibenden“	187
d. Vertragsspezifizierende Definitionselemente	193
e. Öffentlich-rechtliche Institutionen	196

F. Die Legitimation des vertraglichen Verbraucherschutzes durch den Unionsgesetzgeber	199
1. Beurteilung auf Basis der Sekundärrechtsakte	199
2. Beurteilung auf Basis der Rechtsprechung	200
3. Fazit	201
G. Das Verbraucherbegriffskonzept der Verbrauchervertragsrichtlinien	202
1. Beurteilung auf Basis der Sekundärrechtsakte	202
2. Beurteilung auf Basis der Rechtsprechung	204
3. Fazit	205
H. Schlussfolgerungen	205
VI. Die Verbrauchergeschäftsdefinition der österreichischen Rechtsordnung	209
A. Überblick über die Verbraucher- und Unternehmerdefinitionen des KSchG	209
1. Verbraucher	209
2. Unternehmer	210
B. Die Geschichte und Intention des KSchG	211
1. Vom RatenG 1961 zum KSchG	211
2. Der Leitgedanke des Gesetzgebers	213
C. Die Elemente der konsumentenschutzrechtlichen Verbraucher- und Unternehmerdefinitionen	216
1. Das persönliche Element	216
2. Das funktionelle Element	217
a. Allgemeines	217
b. Das Unternehmen (§ 1 Abs 2 KSchG)	217
c. Die Zugehörigkeit des Rechtsgeschäfts zum Betrieb des Unternehmens	223
d. Die Änderung des Vertragspartners	237
3. Das agitative Element und Einzelfragen	241
a. Die „Beteiligung“ am Rechtsgeschäft	241
b. Rechtsgeschäfte von Arbeitnehmern und arbeitnehmerähnlichen Personen	253
c. Vertragsspezifizierende Definitionselemente – Der Beitritt zu Vereinen (§ 1 Abs 5 KSchG)	254
d. Öffentlich-rechtliche Institutionen	256
D. Die Legitimation des vertraglichen Verbraucherschutzes durch den österreichischen Gesetzgeber	257
1. Beurteilung auf Basis des KSchG und der Intention des Gesetzgebers	257
2. Beurteilung auf Basis der Rechtsprechung	258
3. Die Rechtfertigung der Typisierung	263
4. Fazit	265

E. Das Verbraucherbegriffskonzept des KSchG	265
1. Beurteilung auf Basis des KSchG	265
2. Beurteilung auf Basis der Rechtsprechung	267
3. Fazit	267
F. Schlussfolgerungen	268
VII. Auswirkungen und Zulässigkeit des Vollharmonisierungskonzepts im Verbrauchervertragsrecht	273
A. Der Vollharmonisierungsansatz in verbrauchervertraglichen Sekundärrechtsakten	273
1. Allgemeines	273
2. Die historische Entwicklung des Vollharmonisierungsansatzes – Die Einbettung in die Debatte zum Europäischen Vertragsrecht	277
a. Die Vorarbeiten durch die Kommission	277
b. Exkurs: Der Gemeinsame Referenzrahmen	279
c. Exkurs: Der Vorschlag für eine Verordnung über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	287
B. Das Grünbuch zur Überprüfung des gemeinschaftlichen Besitzstands im Verbraucherschutz 2007 und das anschließende Konsultationsverfahren	300
1. Allgemeines	300
2. Das Grünbuch 2007 als Ausgangspunkt des von der Kommission favorisierten Vollharmonisierungsansatzes	301
3. Der Konsultationsprozess	302
a. Die Konsultationsfragen	302
b. Österreichs Stellungnahme	304
c. Die Schlussfolgerungen der Kommission	304
C. Vorschlag und Erlass der Verbraucherrechte-Richtlinie als repräsentatives Beispiel für die Begründung der Vollharmonisierung	307
1. Allgemeines	307
2. Die Wahl des Vollharmonisierungsansatzes im Vorschlag für die Verbraucherrechte-Richtlinie	311
a. Die Begründung der Kommission zum Vollharmonisierungsansatz	311
b. Kritik an der Begründung der Kommission	312
3. Der Vollharmonisierungsansatz der Verbraucherrechte-Richtlinie	316
a. Allgemeines	316
b. Die Wahl des Vollharmonisierungsansatzes	317
D. Die Umsetzung vollharmonisierender Verbrauchervertragsrichtlinien in Österreich	320

1. Allgemeines	320
2. Die Umsetzung der UGP-Richtlinie	320
a. Die Vorgaben der UGP-Richtlinie	320
b. Die UWG-Novelle 2007	321
3. Die Umsetzung der Fernabsatz-Finanzdienstleistungs- Richtlinie	321
a. Die Vorgaben der Fernabsatz-Finanzdienstleistungs- Richtlinie	321
b. Das Fern-Finanzdienstleistungs-Gesetz	322
4. Die Umsetzung der Verbraucherkredit-Richtlinie	322
a. Die Vorgaben der Verbraucherkredit-Richtlinie	322
b. Das DaKRÄG	323
5. Die Umsetzung der Timesharing-Richtlinie	327
a. Die Vorgaben der Timesharing-Richtlinie	327
b. Das TNG 2011	328
6. Die Umsetzung der Verbraucherrechte-Richtlinie	329
a. Die Vorgaben der Verbraucherrechte-Richtlinie	329
b. Das VRUG	329
E. Die Rechtsfolgen der Vollharmonisierung für den persönlichen Geltungsbereich im Verbrauchervertragsrecht	331
1. Allgemeines	331
2. Der „harmonisierte Bereich“ und der „Harmonisierungsgrad“ eines Sekundärrechtsakts	332
a. Der harmonisierte Bereich	332
b. Der Harmonisierungsgrad	333
3. Individuelle Umsetzungsoptionen der Mitgliedstaaten	333
a. Das Grundprinzip	333
b. Anwendung auf den persönlichen Geltungsbereich des Verbrauchervertragsrechts	334
4. Fazit	338
F. Zur Wahl der Rechtsgrundlage für Verbrauchervertrags- richtlinien	339
1. Art 114 AEUV als Kompetenzgrundlage im Verbraucher- vertragsrecht	339
a. Der Konnex zum Vollharmonisierungsansatz	339
b. Die Voraussetzungen für die Anwendbarkeit von Art 114 AEUV im konkreten Fall	339
2. Rechtszersplitterung trotz Vollharmonisierung – Die argumentative Untauglichkeit der binnenmarktfinalen Kompetenzbegründung	340
a. Allgemeines	340
b. Die Gründe der fortbestehenden Rechtszersplitterung	341
3. Fazit	356
a. Keine Beseitigung der Rechtszersplitterung...	356

b. ... weshalb die Voraussetzungen für die Anwendung von Art 114 AEUV als Rechtsgrundlage nicht vorliegen	358
c. Conclusio: Vollharmonisierung um jeden Preis	362
G. Schlussfolgerungen	363
Literatur- und Quellenverzeichnis	367
Stichwortverzeichnis	399